

PRO

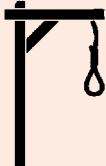
Aktuell

«Hieb und stichfest argumentiert!»

Nein zur EU-Ankettung, weil...



ich mein Stimmrecht nicht an die EU abtrete!



ich meine Freiheit nicht von fremden Richtern überwachen lasse!



ich mein Geld nicht für EU-Milliardenzahlungen verdienen!



ich meinen Wohlstand nicht von der grenzenlosen EU-Zuwanderung plattwalzen lasse!

«Hieb und stichfest argumentiert!»

Ja zur schweizerischen Neutralität, weil ...



ich will, dass wir allen humanitäre Hilfe leisten!



ich eine schweizerische Friedensdiplomatie will!



ich keinen NATO-Beitritt will!



ich unsere Kinder und Enkel nicht für fremde Kriege opfern will!

Schweiz
Suisse
Svizzera
Svizra

Nr. 4 | JUNI 2024



«Weckruf»
Seite 3



«EGMR nimmt sich die Freiheit heraus, Politik zu machen.»
Seite 8



Neutralitätspolitische Irrwege
Seite 14



Das Wort des Präsidenten

Liebe Mitglieder, Gönner und Sympathisanten

An der 2. Mitgliederversammlung versammelten sich am 25. Mai 2024 in Bern über 850 Mitglieder von Pro Schweiz. An der Tagung erfolgte ein eindringlicher «Weckruf» zum Handeln. Wir alle verliessen die Mehrzweckhalle der Kaserne Bern mit dem festen Willen, kompromisslos für die tragenden Säulen unseres Landes zu kämpfen. Packen wir es an.

Europäische Union – Freiheit versus Gerichtsdiktatur

Die Pro-Kontra-Positionen sind klar. Die Classe politique, Spitzenbeamte der Diplomatie und Bundesverwaltung sowie Funktionäre der Wirtschaftsverbände wollen die eidge-nössische Gesetzgebung in entscheidenden Bereichen unseres eigenständigen Handels der EU übertragen. Sie sind sogar bereit, dass der Gerichtshof der EU (EuGH), den Schweizer Gesetzgeber kontrolliert, ob er das EU-Recht korrekt umsetzt. Wenn nicht, drohen schmerzhafte Strafmaßnahmen. Jüngst wurde Ungarn wegen seiner eigenständigen, konsequenten Flüchtlingspolitik vom EuGH zu einer 200-Mio.-Euro-Strafe verurteilt (NZZ, 13.6.24).

Mit Händen und Füßen wehren sich EU-Turbos, angefeuert von ehemaligen Professoren (vgl. NZZ-Artikel «Kein Plebisitz bei Staatsverträgen» der Professoren René Rhinow und Georg Müller, 11.6.2024), gegen das obligatorische Referendum bei einem neuen EU-Abkommen. Obwohl klar ist, dass die EU von der Schweiz eine institutionelle Anbindung fordert, welche die Kantone betrifft, soll die Mитsprache der Kantone ausgelöscht werden. Die NZZ wählt absichtlich den Begriff «Plebisitz» und meint wohl verächtlich, einen Entscheid des Plebs, der «Masse ungebildeter, niedrig und gemein denkender, roher Menschen» (Duden).

Neutralität – Sache der Jungen und nicht der «Arrivierten»!

Zur Neutralität haben ebenfalls mehrheitlich altgediente Herren ein «Manifest für eine Neutralität im 21. Jahrhundert» verfasst. Nichts Neues. Der neutralitätspolitische Abbruchkurs in Bundesfernsehen müsste fortgesetzt werden: «Neutralität Flop – EU und NATO top.» Die Neutralitätsinitiative ist gültig zustande gekommen. Der Souverän der Schweiz wird über die grundsätzliche Ausrichtung der schweizerischen Aussenpolitik abstimmen. Auch da sind wir mit voller Kraft daran, den Abstimmungskampf vorzubereiten. Uns ist wichtig, dass gerade die von der Schulbildung in Sachen Geschichte absichtlich vernachlässigten jungen Bürgerinnen und Bürger ihr Bewusstsein für die schweizerische Neutralität wieder schärfen können.

Erfreulicherweise hat sich der Nationalrat gegen eine umfassende Beteiligung von Schweizer Truppen an Kampfübungen der NATO ausgesprochen (13. Juni 2024). Dass die Mehrheit dank der SP, der Grünen und der SVP erreicht wurde, zeigt, dass die Neutralität ein breit abgestützter Wert und nicht ein Spielball von Grossmachtsträumern ist.

Fazit: Wir wissen was wir zu tun haben. Wir verhindern, dass die Schweiz preisgegeben wird und wir unser Stimm- und Wahlrecht abgeben müssen.

Für Ihre treue, ausserordentliche Unterstützung danke ich Ihnen bestens. Bis bald.

Ihr Dr.med. Stephan Rietiker
Präsident Pro Schweiz

ISSN 2234-9723

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 20. Juni 2024

Redaktion Pro Schweiz
Postfach
3822 Lauterbrunnen
Tel. 031 356 27 27
redaktion@proschweiz.ch

LEGATE

In einem Testament bestimmen Sie über Ihren Tod hinaus, was mit Ihrem Sparguthaben, Ihren Wertschriften und Liegenschaften geschehen soll. Wenn Sie Pro Schweiz berücksichtigen, unterstützen Sie unsere Arbeit zum Erhalt der freien und neutralen Schweiz. Herzlichen Dank.



2. ordentliche Mitgliederversammlung von Pro Schweiz stand unter dem Motto:

«Weckruf»

Am Samstag, 25. Mai 2024, versammelten sich über 850 Mitglieder und Gäste in der Kaserne Bern zur 2. ordentlichen Mitgliederversammlung von Pro Schweiz.

Mit dem Schweizer Psalm, begleitet vom Orchester Pro Schweiz unter der Leitung von Willy Walter und dem Schweizer-Kreuz-Ambiente, realisiert von dem weltweit bekannten Lichtkünstler und Filmproduzenten Gerry Hofstetter, wurden die Anwesenden eingestimmt.

Die Grussbotschaften aus der Suisse romande und dem Kanton Tessin überbrachten die junge Freiburger Notarin Laure Haldimann und Regierungsrat Norman Gobbi. Gerry Hofstetter präsentierte zu Beginn einen beeindruckenden Video-Clip über Wilhelm Tell, welcher weltweit für die Werte der Schweiz steht.



Präsident Dr. Stephan Rietiker eröffnete seine Lagebeurteilung unter dem Motto: «Weckruf». Pro Schweiz setze sich für eine souveräne, neutrale, direkt-demokratische und eigenverantwortliche Schweiz in Wohlstand und Frieden ein. Nach einer grundsätzlichen Auslegungsordnung erklärte der Präsident, die Kernaufgabe von Pro Schweiz sei die Positionierung der souveränen Schweiz gegenüber der EU und die Wiederherstellung einer glaubwürdigen Neutralitätspolitik. Es gelang Stephan Rietiker, die Versammlung zu «wecken». Pro Schweiz – wie der Name fordert! –, ist bereit, den Kampf für eine freie Schweiz zu führen.



Politisches Feuerwerk am Nachmittag!

Der Nachmittag stand ganz im Zeichen der Frage «Schweiz – EU: wie weiter». Staatssekretär Alexandre Fasel, welcher für die laufenden EU-Verhandlungen zuständig ist, und Pro-Schweiz-Gründungspräsident



Der geplante EU-Einpackungsvertrag – eine kritische Analyse

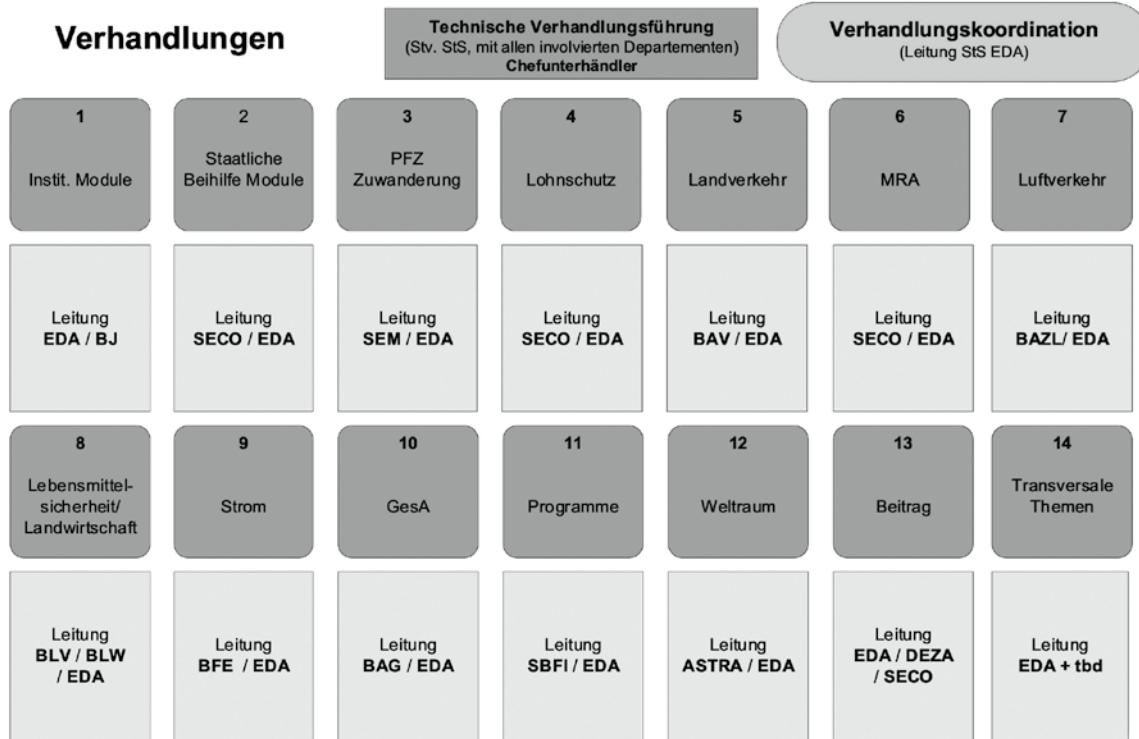
Stephan Rietiker: Die Verhandlungsgrundlage, das sogenannte «Common understanding» zwischen der Schweiz und der EU mache klar, dass die EU an ihren Kettfordernungen festhalte und sich in der Sache gegenüber des 2021 gestoppten Rahmenabkommens nichts geändert habe. Die EU will die Schweiz zwingen, ihre Gesetzgebung und damit auch das Referendumrecht der Schweizer Stimmbürger sowie die eidgenössische Gerichtsbarkeit in zentralen Bereichen des Schweizer Alltags an die EU abzutreten.

Dr. Christoph Blocher führten die Anwesenden in das Thema ein. Anschliessend diskutierte unter der Leitung von Reto Brennwald eine hitzige Podiumsrunde das «Pro und Kontra» der geplanten EU-Anbindung. Schnell wurde klar, dass die automatische EU-Rechtsübernahme und die Rolle des EU-Gerichtshofes bei der Streitbeilegung die zentralen Fragen für die Souveränität und Demokratie der Schweiz sind.

«Vor lauter Bäumen den Wald nicht mehr sehen.»



Staatssekretär Alexandre Fasel, ein vehemente Befürworter der anstehenden Verhandlungen zwischen der Schweiz und der EU, erklärte dem Publikum anhand alt-ehrwürdiger Hellraumprojektor-Folien die Entwicklungsgeschichte der EU. In der Schweiz laufe man gerne Gefahr, vor lauter Bäumen den Wald nicht mehr zu sehen. Wir seien zu sehr in Detailfragen befangen und würden das Ganze nicht sehen. Man wartete förmlich auf die Aussage des Staatssekretärs, die Schweiz gehöre einfach zum «Ganzen, der EU-Beitritt sei ein logischer Schritt» ... Eine «aussagekräftige» Folie zeigte, zu welchen Themen welche Verwaltungsstellen «verhandeln» ... wie war das mit den Bäumen ...?



Folie von Staatssekretär Alexandre Fasel



«Damit die Schweiz nicht zugrunde geht»

Dr. Christoph Blocher brachte es bereits zu Beginn auf den Punkt: «1992, 2021, 2024 – es ist immer die alte Leier. Im Bundeshaus und in der Bundesverwaltung will man sich unentwegt der EU anpassen und die Unabhängigkeit der Schweiz, die Neutralität und die direkte Demokratie preisgeben, um schliesslich der EU beizutreten. Diese Dummheit und dieses landesverrätische Verhalten sind heute noch viel unverständlicher als beim EWR von 1992. Es ist heute bewiesen, dass es der Schweiz besser geht als in der EU, was zahlreiche Länderranglisten regelmäßig bestätigen».

Christoph Blocher: «Besonders enttäuschend ist die Haltung der Kantonsregierungen in unserem Land. Sie haben schon vor den Verhandlungen der Schweiz mit der EU behauptet, dass – ich zitiere – 'kein Weg an der dynamischen Übernahme von EU-Recht vorbeiführt'. Die Kantonsregierungen seien grundsätzlich bereit – Zitat – 'dieser Rechtsübernahme in den Verhandlungen zuzustimmen'. Die Kantonsregierungen akzeptieren auch – ich zitiere – 'eine Lösung, bei welcher dem Gerichtshof der EU die Aufgabe zukommt, eine kohärente Auslegung des betroffenen EU-Rechts sicherzustellen'. Blocher forderte die Versammlung auf, auch in den Kantonen zum Rechten zu schauen.»



Laufende EU-Verhandlungen: Chance oder Kolonialvertrag?



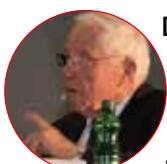
Nationalrätin Sibel Arslan: «Wir müssen das EU-Konzept unterstützen. Der Status-quo ist nicht mehr haltbar. 50 % des Handelsvolumens geht an die EU, Bürokratie-Hemmisse können wir aus dem Weg schaffen. Forschungsprogramme können wir weiterentwickeln.»



Dr. med. Stephan Rietiker: «Die EU ist nicht homogen, sondern eine zusammen gewürfelte Gesellschaft, mit repräsentativen Demokratien. Wir sind eine direkte Demokratie. Besser Geld sparen statt in drittklassige Forschung zu investieren. Die Schweiz darf sich nicht nach unten nivellieren, sondern muss sich mit den besten messen, wie beispielsweise mit den USA, GB und Asien.»



Roland Meyer. «Wir versuchen seit 15 Jahren mit der EU die dynamische Rechtsübernahme und die Fragen der Streitbeilegung wegzubringen und wir schaffen es nicht. Wenn man dagegen ist, so etwas zu machen, muss man aufhören zu verhandeln, so ziehen wir uns ins Schneckenhaus zurück und machen nichts mehr.»



Dr. Christoph Blocher: «Das Interesse der EU ist, die Schweiz zu integrieren. Herr Kohl sagte schon beim EWR: 'Wir hätten gerne einer der zahlt.' Wer sich als Starke mit Schwächeren harmonisiert, wird schwächer. Die Schweiz mit ihrer direkten Demokratie ist nicht verhandelbar.»



Prof. Dr. iur. Christa Tobler: «Mit themenspezifischen Verträgen integrieren wir uns auf keine Art und Weise. Diese Verträge sind ein auf die Schweiz zugeschnittenes System. Es stellt sich die Frage, ob wir dieses System erhalten oder über den Haufen werfen wollen. Ich bin fürs erhalten.»



Prof. Dr. iur. Andreas Glaser: «Es geht um Interessenabwägung. Wenn diese Verträge kommen, könnte es zu einer Verschiebung unserer staatspolitischen Machtverhältnisse kommen, weg von den



Stimmberichtigten, weg vom Parlament hin zum Bundesrat und möglicherweise später über den gemischten Ausschuss Richtung EuGH ... zudem werden sich die Abstimmungskampagnen noch mehr auf die Frage richten, was passiert, wenn wir nein sagen. Man wird den Inhalt einer Abstimmung nicht mehr diskutieren.»

Soll das neue EU-Abkommen dem obligatorischen oder fakultativen Referendum unterstellt werden:

Nationalrätin Sibel Arslan: «Der Bundesrat soll einen entsprechenden Vorschlag machen.»

Roland Meyer: «Ist eine politische Entscheidung.»

Prof. Dr. Christa Tobler: «In der Bundesverfassung steht, wann ein obligatorisches oder fakultatives Referendum angebracht ist.»

Dr. med. Stephan Rietiker: «Darf nicht am Volk vorbei entschieden werden, benötigt ein obligatorisches Referendum.»

Dr. Christoph Blocher: «Die Souveränität der Kantone und das Stimmrecht des obersten Gesetzgebers, des Volkes, ist nicht verhandelbar! Es braucht ein obligatorisches Referendum.»

Prof. Dr. iur. Andreas Glaser: Das Parlament könnte es problemlos dem obligatorischen Referendum unterstellen.»



Alle Reden und die Podiumsdiskussion sind auf www.proschweiz.ch abrufbar.

An der Mitgliederversammlung vom 25. Mai 2024 wurden nach der Verabschiedung des langjährigen Vorstandsmitglieds und Kassier Christoph Kunz zwei neue Vorstandsmitglieder gewählt: Nationalrat Rémy Wyssmann und Kantonsrat Lukas-Fritz Hüppin. Das Gespräch mit Nationalrat Wyssmann wird in der Ausgabe 5 des AKTUELL publiziert.



«Für mich ist die bewaffnete, ehrliche Neutralität das Erfolgsrezept der Schweiz.»



Ami Bossard Gartenmann fühlt dem neuen Vorstandsmitglied Lukas-Fritz Hüppin auf den Zahn:

Lukas, es freut mich, Dich als neuen Kassier bei Pro Schweiz interviewen zu können. Wir haben uns im Jahr 2020 kennengelernt, als Du als Offizier und JSVP-Mitglied aktiv warst. Ich unterrichtete Hotelfachlernende und suchte Jungpolitiker für mein Politikprojekt zur Abstimmungsvorlage über die Beschaffung von Kampfflugzeugen. Deine Unterstützung der Lernenden

führte zu einem beeindruckenden Vortrag. Wie sieht Dein Engagement in der Armee aus? Und wie stehst Du zur Neutralität und zur aktuellen Friedenskonferenz?

Das Schülerinnenprojekt hat mir viel Spass gemacht. Als Generalsekretär der Jungen SVP Schweiz war ich Teil der "Jugend-Pro-Kampagne", die die Bedeutung von Kampfflugzeugen für junge Leute verdeutlichte.

Ja, ich bin noch aktiv in der Armee und derzeit Einheitskommandant einer Mittleren Flugabwehr Batterie mit rund 180 Armeeangehörigen. Unsere Hauptaufgabe ist der Objektschutz, und wir sind regelmässig bei internationalen Wirtschafts- und Friedenskonferenzen im Einsatz.

Für mich ist die bewaffnete, ehrliche Neutralität das Erfolgsrezept der Schweiz. Sie bewahrt unsere Unab-

hängigkeit und ermöglicht uns, in grossen Konflikten als neutraler Vermittler zu agieren. Die "Friedenskonferenz" auf dem Bürgenstock sehe ich kritisch, da echte Friedensverhandlungen nur stattfinden, wenn beide Konfliktparteien am Tisch sitzen. Diese einseitige Konferenz ist daher eine Verschwendug von Steuergeldern, Polizei- und Armeeressourcen.

Als 31-Jähriger hast Du bereits eine beeindruckende politische Karriere hinter Dir. Dieses Jahr wurdest Du in den Schwyzer Kantonsrat gewählt. Was treibt Dich an, Deine Freizeit der Politik zu widmen?

In meiner Familie wurde stets politisch diskutiert. Schon mit 14 bewarb ich mich für die eidgenössische Jugendsession in Bern und nahm mehrmals teil. Für mich war klar: Veränderung kommt durch Engagement. Neben meiner politischen Aktivität finde ich Zeit für Freunde, Familie und Hobbys wie den 300m-Schützenverein und eine Marschgruppe.

Beruflich bist Du im elterlichen Betrieb tätig. Wie kam es dazu und welche Funktion übst Du dort aus?

Nach meiner Lehre als Bankkaufmann strebte ich berufliche und militärische Weiterbildungen an. Daher absolvierte ich ein Studium zum Betriebswirtschafter HF. In unserem Familienunternehmen übernahm ich früh grosse Verantwortung und erhielt volle Unterstützung für mein Miliz-Engagement, sowohl politisch als auch militärisch. Aktuell bin ich Projektleiter und verantworte den Verkauf und Aussendienst. Den Wechsel von der Bankenbranche habe ich keinen Tag bereut – Handwerk hat bekanntlich goldenen Boden.



EUROPEAN COURT OF HUMAN RIGHTS

«Der europäische nimmt sich die Freiheit

Du bist seit 2018 Gemeinderat und «Säckelmeister» in Wangen SZ. Kannst Du kurz erklären, was das bedeutet und was Deine Aufgaben dabei sind?

Säckel = Geldbeutel. Der Begriff Säckelmeister wird nur noch in den Kantonen Appenzell Innerrhoden und Schwyz verwendet. In unserer Gemeindeexecutive bin ich für Finanzen und Steuern verantwortlich. Es ist mir eine grosse Ehre, dieses Amt nun im 7. Jahr auszuführen, und ich schätze das Vertrauen der Wangner Bürger, die mir dieses wichtige Amt bereits mit 25 Jahren anvertraut haben.

Wie kam es, dass Du nun als Kassier bei Pro Schweiz aktiv bist?

Ich bin Mitglied seit der Gründung und wurde letztes Jahr gebeten, zusammen mit Stephi Gartenmann anlässlich der Pro-Schweiz-Bundesfeier im Tellspiel Areal in Matten eine Ansprache zu halten – ein unvergesslicher Politikmoment. Es war mir eine Ehre, als Vorstandsmitglied angefragt zu werden. Ich bringe meine Finanzerfahrung aus der Bank, dem Studium und der politischen Exekutive gerne ein.

Vielen Dank für das spannende Gespräch und Dein Engagement bei Pro Schweiz! Alles Gute für Deine Zukunft.



Gespräch mit Daniel Jositsch, SP-Ständerat des Kantons Zürich, Präsident der Rechtskommission des Ständerates (RK-S) und Strafrechtsprofessor an der Universität Zürich. Die Fragen stellt Ami Bossard Gartenmann.

Am 9. April 2024 hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) geurteilt, dass die Klimapolitik der Schweiz ungenügend sei. Das CO2-Gesetz wurde von der Bevölkerung abgelehnt, nun hat Greenpeace mit Klimaseniorinnen den Weg übers Gericht gewählt, um zum Ziel zu gelangen. Aufgrund welcher rechtlichen Grundlagen wurde die Schweiz verurteilt?

Nach meiner Einschätzung gibt es keine rechtliche Grundlage. Der EGMR argumentierte mit dem Artikel «Recht auf Privatleben» aus der europäischen Menschenrechtskonvention und erklärt, dass das Klima auch dazugehöre. Der europäische Gerichtshof masst sich an bei fehlender Rechtsgrundlage selber zum Gesetzgeber zu werden und verstösst damit aus meiner Sicht gegen die Gewaltentrennung.

Werden zukünftig Interessengruppen, die bei Volksabstimmungen verlieren den Weg über den EGMR wählen? Was bedeutet dieses Urteil für die Schweiz Politik und besonders für unsere Gesetzgebung mit der direkten Demokratie?



Gerichtshof für Menschenrechte Freiheit heraus, Politik zu machen.»

Wie schon erwähnt, es verstösst gegen die Gewaltentrennung. Ich kann Ihnen ein anderes Beispiel geben und da bin ich nicht sicher, ob die Grünen dies so gut fänden. Eine Gruppierung könnte beim EGMR gegen die Schweiz klagen, wenn der Ausländeranteil ein gewisses Mass übersteigt, mit der Begründung dies sei eine Einschränkung der Privatsphäre der Schweizerinnen und Schweiz. Der europäische Gerichtshof könnte dem zustimmen und eine Obergrenze des Ausländeranteils setzen. Der europäische Gerichtshof nimmt sich die Freiheit heraus, Politik zu machen. Dies ist nicht die Aufgabe des Gerichtes, sondern des Parlaments.

Gemäss Berichten aus den Medien empfehlen Sie und die Rechtskommission des Ständerates dieses Urteil zu ignorieren.

Als Präsident vertrete ich die Meinung der Rechtskommission und unterstütze diese selber auch. Wir ignorieren das Urteil nicht, sind jedoch der Meinung, dass wir in unserem politischen Prozess schon alles dafür gemacht haben und nichts Weiteres mehr machen werden.

**Ebenfalls der Nationalrat unterstützt Ihre Forderung.
Was passiert nun mit diesem Urteil, wenn von der nationalrätslichen und ständerätslichen Rechtskommission vorgeschlagen wird, dieses Urteil nicht zu beachten?**

Es ist eine Empfehlung an den Bundesrat, beim Ministerrat (Hüterin dieser Institution) vorstellig zu werden. Der Bundesrat soll dort erwähnen, dass für dieses Urteil nichts weiter unternommen werde und darauf hinweisen, dass der Gerichtshof sich nicht als Gesetzgeber einmischen dürfe.

Wäre es nicht konsequenter die Teilnahme im Europarat und EGMR zu kündigen?

Die europäische Menschenrechtskonvention ist eine zivilisatorische Meisterleistung. Es gibt gewisse Grundrechte, wie beispielsweise Schutz vor Folter, Schutz vor Willkür und Schutz der Meinungsfreiheit. Nach den Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs wollte man der Bevölkerung ermöglichen, falls sie vom eigenen Staat unrechtmässig verurteilt würde, sich an eine ausser-

staatliche Europäische Institution zu wenden. Man sollte nicht die EMRK kündigen, sondern darauf hinwirken, dass der Gerichtshof nicht Gesetzgeber spielt. Der Gerichtshof, an sich eine gute Sache, welcher Menschen, die vom eigenen Staat ungerecht behandelt werden, zu ihrem Recht verhelfen kann, masst sich hier an Gesetzgeber zu spielen und gefährdet somit die wichtigen Grundsätze der Menschenrechtskonvention. Man muss darauf hinwirken, dass der Europäische Gerichtshof wieder seinen ursprünglichen Auftrag ausführt. Es gibt einen Vorstoss, der die Richterwahl ändert will. Statt durch die Regierung soll das Parlament die Richter wählen. Ein weiterer Vorstoss verlangt, dass ein Urteil des Gerichtshofs zuerst dem Parlament vorgelegt werden muss und nur gilt, wenn das Parlament einverstanden ist.

Sehr geehrter Herr Ständerat, wir danken Ihnen für das Gespräch.





Nicolas Szita,
Vorstandsmitglied
Pro Schweiz, London

Linksrutsch – nur in Grossbritannien?

In Grossbritannien sind gewisse Dinge anders als auf dem europäischen Festland. Man fährt beispielsweise auf der linken Strassenseite mit rechts-gesteuerten Autos. Und während wir in der Schweiz unseren Kindern einrichtern, beim Überqueren der Strasse zuerst nach links zu schauen, ist es hier in Grossbritannien genau umgekehrt. Man muss zuerst nach rechts schauen, um nicht von heranbrausenden Range Rovers und Jaguars angefahren zu werden. Um den Touristen solche unangenehmen Erfahrungen zu ersparen, steht neben jedem Fussgängerstreifen in der Londoner Innenstadt denn auch gross und deutlich «Look Right» geschrieben. Was so viel heisst wie «Schau nach rechts».

Zurzeit gibt es noch einen weiteren Unterschied zwischen Grossbritannien und dem Rest von Europa. Während in Europa rechtsbürgerliche Parteien Wahlen ge-

winnen, zeichnet sich in Grossbritannien bei den Wahlen vom 4. Juli ein Linksrutsch ab. Keir Starmer, Kandidat der Labour-Partei, liegt je nach Prognosen zwischen 12% und 27% vor dem amtierenden Premierminister der Konservativen, Rishi Sunak. Das Problem der Konservativen? Sie selbst nahmen es mit dem «Look Right» jahrelang nicht so genau, und schauten mehr nach links als nach rechts.

Boris Johnson wollte «grün» sein und verpasste dem Land eine Netto-Null Politik, welche den Bürgern vorschreibt, welche Autos sie kaufen dürfen (ab 2035 nur noch elektrische Autos). Die Immigration (legal und illegal) nahm mit jeder konservativen Regierung entgegen den Wahlversprechen zu und nicht ab. Seit 2019 hat sich die jährliche Netto-Einwanderung mehr als nur verdoppelt; Brexit und besorgte Bürger zum Trotz. Doch nicht nur bei der Immigration wurde das Brexit-Versprechen nicht eingelöst. Die Konservativen versprachen die meisten EU-Gesetze ausser Kraft zu setzen, nur um ein halbes Jahr vor dem Stichtag einen Rückzieher zu machen. Und als Liz Truss, Nachfolgerin von Boris Johnson, ein Programm zur Steuerreduktion vorschlug, um den Bürgern mehr Geld im Portemonnaie zu lassen, fiel ihr sogar die eigene Partei in den Rücken. Je weiter entfernt der Wahlsieg von 2019 rückte, desto mehr nahm der linke Flügel der Konservativen überhand. Glaube an die Kraft der Eigenverantwortung? Mehr Souveränität? Mehr Freiheit? Fehlanzeige.

Die Probleme der britischen Konservativen lesen sich wie ein Weckruf für die heutige FDP Schweiz. Auch ihr gelingt es nicht, ein bürgerliches Narrativ zu formulieren und den eigenen linken Flügel wieder darauf einzuschwören: Petra Gössi's FDP gab sich einen grünen Anstrich; die FDP unterstützte die Begrenzungsinitiative der SVP (und der ehemaligen AUNS) nicht; eine klare Abgrenzung zur EU fehlt seit Jahrzehnten; und ein klares Bekenntnis zu tiefen Steuern scheint auch nicht mehr vorhanden zu sein. Vorbei die Zeiten als die FDP noch wusste, was bürgerliche Politik heisst. Lange ist es her, als wir in der Schweiz solch kluge und trafe Slogans wie «Mehr Freiheit, weniger Staat» lesen

6. Juni 2024: 80 Jahre Landung der Alliierten in der Normandie.

Das britische Kriegsschiff HMS «Belfast» spielte bei der Landung der Alliierten in der Normandie im Juni 1944 eine Schlüsselrolle. Ob die heutige britische Classe politique den Mut aufbringt, die Freiheit zu verteidigen?





durften. Schade eigentlich, denn dieser Slogan bringt den Ausdruck bürgerliche Werte genau auf den Punkt: man vertraut den Bürgern. Damit sich in der Schweiz wieder eine echt bürgerliche Politik umsetzen liesse, bräuchte es wieder eine FDP mit einem solchen Narrativ. Eine Partei, welche wieder erkennt, dass ein Staat dann aufblüht, wenn er eigenverantwortliche Bürger hat, und diese Eigenverantwortung auch ermöglicht. Daher sollten wir dem Präsidenten der FDP Schweiz heute mit britischer Freundlichkeit zurufen: «Thierry, look right!». Es würde nicht nur der FDP, sondern auch der Schweiz sehr guttun.

EU:

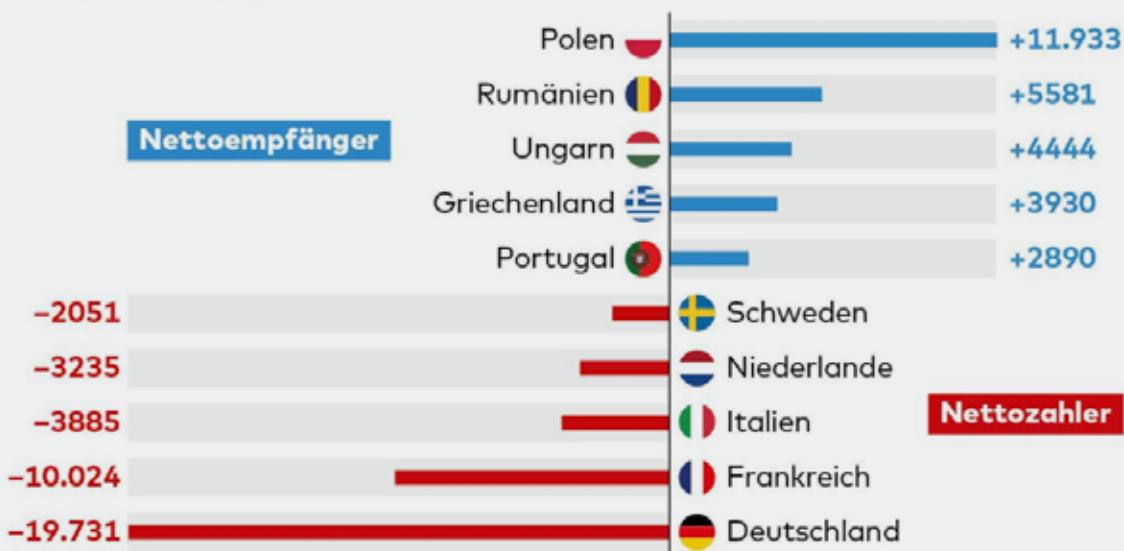
Die bewusst versteckte Wahrheit

Die EU-Kommission gibt offiziell keine Angaben mehr heraus, welche Länder in den «EU-Topf» bezahlen (Netto-Zahler) und welche beziehen (Empfänger). Grund? Brüssel hat Angst, dass die Bürger der Netto-Zahler-Staaten noch kritischer gegen die EU-Politik vorgehen! Tolle Wertegemeinschaft, wenn man Fakten vor den «ei-

genen» Leuten vertuschen muss. Dank verschiedener Medienberichte wird klar, wer den «Laden» finanziert. Die Schweiz müsste aufgrund ihrer Wirtschaftskraft zwischen 3 bis 5 Milliarden Franken jährlich netto einzahlen. Dazu käme die Mehrwertsteuer-Erhöhung, weitere Tributzahlungen an sinn- und nutzlose Projekte ...

Deutschland weiterhin größter EU-Nettozahler

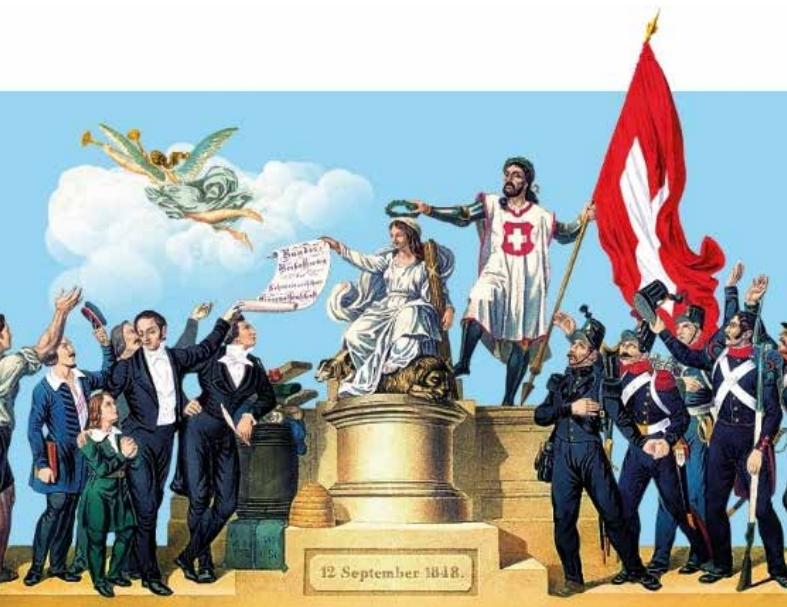
Operativer Haushaltssaldo ausgewählter Mitgliedstaaten
in Millionen Euro, 2022



Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft

WELT

«Urknall der Demokratie»



Auszug aus der Festrede von Christoph Blocher, a. Nationalrat und a. Bundesrat, vom 1. Juni 2024, im Stadthaus Winterthur

Das 175. Jubiläum unserer Bundesverfassung wurde letztes Jahr zu Recht feierlich begangen und auch von Bundesrat und Parlament ausgiebig gewürdigt.

Verfassung von 1874

Noch bedeutender, noch wichtiger und länger wirksam für den späteren Erfolg der Schweiz ist allerdings die totalrevidierte Bundesverfassung vom 29. Mai 1874. Diese hat sich vor genau drei Tagen zum 150. Mal gefährt. Erst die Bundesverfassung 1874 brachte uns die direkte Demokratie mit dem Referendumsrecht – und damit die volle Volksherrschaft. Das Volk darf seit 150 Jahren nicht mehr nur seine Vertreter in den National- und Ständerat wählen, sondern auch in Sachabstimmungen entscheiden. Die Stimmbürger wurden zum obersten Gesetzgeber. Der 29. Mai 1874 stellt so etwas wie den Urknall der Demokratie dar.

Doch ausgerechnet dieses wichtige, erfreuliche Ereignis will in Bern niemand feiern. Warum ist dort niemand begeistert, dass das Volk bei allen Gesetzen das letzte Wort hat? Warum feiert man die Zahl 175, wo doch der 150. Jahrestag ein runderes Jubiläum wäre? Ich überlasse die Antwort Ihnen!

Meine Meinung ist klar: Man will im Bundeshaus lieber die direkte Demokratie abschaffen, als deren Einführung würdigen.

Gescheiterte Rückgängigmachung der 74er-Bundesverfassung durch den EWR

1992 wollten Bundesrat und Parlament, die Wirtschaft, fast alle Medien und Kulturschaffenden die Schweiz an den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) anbinden. Die Schweiz hätte dann die Europäische Union anstelle von Volk und Ständen als Gesetzgeber installiert. Der Souverän hatte damals aber die Kraft, der geballten Macht der Befürworter zu widerstehen und Nein zu sagen. Die Bundesverfassung von 1874 setzte sich durch!

Zweiter Versuch 2021 – Rahmenabkommen gescheitert Dasselbe galt am 26. Mai 2021, als der Bundesrat die Kraft hatte, Bundespräsident Guy Parmelin nach Brüssel zu entsenden. Dort sagte der bodenständige Waadtländer Weinbauer, die Schweiz sei nicht bereit, den Rahmenvertrag mit der EU zu unterzeichnen. Die Bundesverfassung von 1874 setzte sich durch. Sie war 1999 zwar modernisiert und nachgeführt, aber grundsätzlich bewahrt worden.

Unsichere Zukunft des Volksrechts

Ob das Schweizer Volk auch künftig die Kraft hat, seine demokratischen Volksrechte zu verteidigen und oberster Gesetzgeber zu bleiben? Wir wollen es hoffen, denn es wäre das Vermächtnis der Verfassung von 1874, von mittlerweile 150 Jahren direkter Demokratie. Eines ist sicher: Diesen Volks- und Freiheitsrechten kann nicht das Ausland gefährlich werden. Sondern nur wir Schweizerinnen und Schweizer, wenn wir sie aufgeben.

Standhaftigkeit lohnt sich

Wenn wir aber standhaft bleiben und unsere Bürgerrechte verteidigen, wird weiterhin das grosse Wort des Basler Kulturhistorikers Jacob Burckhardt gelten: «Der Kleinstaat ist vorhanden, damit ein Fleck auf der Welt sei, wo die grösstmögliche Quote der Staatsangehörigen Bürger in vollem Sinne sind.»

Darum ist das Festhalten an der souveränen, direkt demokratischen Schweiz unerlässlich. Sorgen wir dafür!



Vollständiger Text auf
www.proschweiz.ch



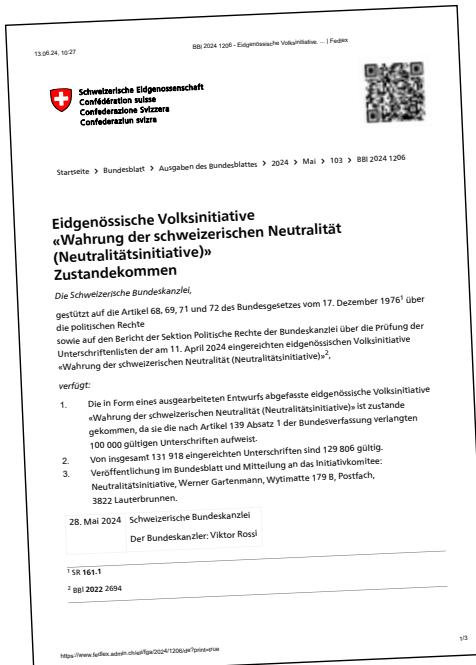
Die Neutralitätsinitiative wurde am 11. April 2024 bei der Bundeskanzlei eingereicht. Die Übergabe erfolgte rund ein Monat vor Ablauf der gesetzlichen Sammelfrist.

Starke Neutralitätsinitiative gegen ewig gestrige Neutralitätsabschaffer!

Die eidgenössische Volksinitiative «Wahrung der schweizerischen Neutralität (Neutralitätsinitiative)» ist gültig zustande gekommen. Die Schweizerische Bundeskanzlei verfügte per 28. Mai 2024, dass die Initiative mit 129'806 gültigen Unterschriften alle gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt.

Das Initiativekomitee ist erfreut, dass die Neutralitätsinitiative so stark unterstützt wurde. Das Zustandekommen ist eine starke Antwort auf die Gruppierung «Neutralität im 21. Jahrhundert», welche heute ein Manifest zur Zerstörung der Neutralität verabschiedet hat. Die Gruppierung um den emeritierten Professor Thomas Cottier – bestens bekannt als EU-Turbo – lancierte kürzlich ein Manifest zur «Neutralität im 21. Jahrhundert». In Tat und Wahrheit ist das Papier eine Agenda der Classe politique, einer selbst ernannten Elite und der Internationalisten. Der Inhalt des Manifests will die Neutralität aushöhlen, bis sie als eine der wichtigsten Säulen des Schweizer Staatsverständnisses verschwunden ist – bildlich gesprochen, «das Ei wird ausgesaugt bis nur noch der hohle Schalenkörper vorliegt». Pro Schweiz ist überzeugt, dass die Schweizerinnen und Schweizer zur immerwährenden, bewaffneten und vollständigen Neutralität stehen, so wie sie die Neutralitätsinitiative in der Bundesverfassung verankern will.

Pro Schweiz wird mit einer fundierten Erwiderung aufzeigen, dass die ewig gestrigen EU-NATO-Turbos auf dem Holzweg sind.



Neutralitätspolitische Irrwege

Wir werden ab sofort jede neutralitätspolitische Verfehlung der Classe politique beobachten und auflisten.



Französisches Armeematerial durchquert die Schweiz

Ein Eisenbahnzug mit Militärfahrzeugen der französischen Armee hat die Schweiz durchquert. Die Fahrzeuge sind für die «Strategic Reserve Force» (SRF) bestimmt, welche die Mission EUFOR ALTHEA der EU in Bosnien und Herzegowina unterstützt. [VBS, 08.04.2024]

Bundesrat beschliesst Beitritt zur «European Sky Shield Initiative»

Erster Schritt! Schweizer Luftverteidigung gerät unter NATO-US-Kommando. Mit der Teilnahme an der European Sky Shield Initiative (ESSI) soll laut Bundesrat die Schweiz ihre internationalen Kooperationsmöglichkeiten ausbauen. Im Vordergrund der Zusammenarbeit steht eine bessere Koordination von Beschaffungsvorhaben, der Ausbildung sowie logistischer Aspekte im Bereich der bodengestützten Luftverteidigung. [Bundesrat, 10.04.2024]

Pro Schweiz: Aufgrund der technischen Ressourcen (Radar, Frühwarnung usw.), der Waffensysteme und der Einsatzdoktrin wird klar, dass die NATO, beziehungsweise die USA das Zepter in der Hand hält. Heute Soft-Argumente wie «bessere Beschaffung, effizienter Unterhalt» ... Morgen: Neutralitätswidriger Kampfeinsatz! Man nennt dies «Salamitaktik», schön vorbei am Schweizer Volk.

Schweiz übernimmt Vizepräsidium der Sachverständigengruppe der Nato für Drohnen-Antikollisionssysteme

Innerhalb des für Drohnen zuständigen Gremiums der NATO wurde der Schweizer Xavier Comby im September 2023 zum Vizepräsidenten der Sachverständigengruppe für Sense-and-Avoid-Systeme ernannt. Die Schweizer Militärluftfahrtbehörde MAA hat in diesem Bereich ein einzigartiges Knowhow erworben, das international und insbesondere innerhalb der NATO Anerkennung geniesst. [VBS, 16.04.2024]

Schweizer Luftwaffe trainiert mit Helikoptereinheiten der U.S. Army in Payerne

Vom 13. bis am 17. Mai 2024 trainierten Angehörige der

Schweizer Luftwaffe zusammen mit der U.S. Army. Zwei in Deutschland stationierte Hubschraubereinheiten des 1-214th Aviation Regiment flogen hierfür mit drei UH-60 «Blackhawk» und drei CH-47 «Chinook» auf den Militärflugplatz Payerne. Die militärische Zusammenarbeit zwischen der Schweiz und den USA soll gefördert werden ... [VBS, 13.05.2024]

Dänische Luftwaffe übt im Simmental

Die Schweizer Armee und die dänische Luftwaffe haben gemeinsam auf dem Flugplatz St. Stephan im Simmental im Berner Oberland geübt. Für die Ausbildungsübung wurde eine militärische Transportmaschine «Herkules C-130J» der dänischen Luftwaffe eingeflogen. [nau.ch, 15.04.2024]



Nach so viel NATO: «Etwas Schweizerisches!»

Endlich spricht das In- und Ausland über unsere militärische Landesverteidigung!

Die deutsche «Welt» titelt: «Übung für den Kriegsfall – Schweizer Kampfjets landen auf der Autobahn.» Und kommentiert: «Die Schweizer Luftwaffe hat angesichts der angespannten Weltlage ihre Fähigkeiten für den Kriegsfall getestet: Kampfjet-Piloten haben in Payerne südlich des Neuenburgersees das Landen auf der Autobahn geübt.» [welt.de, 06.06.2024]

Pro Schweiz: Wir rufen die Landesregierung auf, die Schweizer Armee rasch aufzurüsten und den schlechenden NATO-Beitritt zu beenden.





WHO-Gesundheitsdiktatur: Wo stehen wir?

Pandemiekompakt: Nach zähen Verhandlungen konnten sich die Mitgliedstaaten der WHO nicht einigen, weshalb die Unterzeichnung des Pandemiekompakts verschoben wurde. Eine erste Analyse der Dokumente zeigt, dass zwar Anpassungen in unserem Sinne vorgenommen wurden, aber in wesentlichen Punkten ist das Vertragswerk immer noch ein klares NO GO. Hier gilt es, darauf zu achten, dass der finale Text rechtzeitig vollständig vorliegt und die vorgeschriebenen Fristen zur Vernehmlassung minutiös eingehalten werden. Wir werden unsere Politiker entsprechend mit den notwendigen Informationen versorgen. Soeben haben wir erfahren, dass unsere Petition mit knapp 40'000 Unterschriften noch in diesem Monat im Parlament traktandiert und damit behandelt wird.

Im Zusammenhang mit den Internationalen Gesundheitsvorschriften wurde in einer Nacht und Nebel Aktion und auf Druck der USA am 1. Juni 2024 spät in der Nacht ein Dokument unterzeichnet, nachdem eine Reihe von Mitgliedstaaten unter Protest den Raum verlassen haben. Hier gilt es, die Rechtmässigkeit des Verfahrens und insbesondere die Frage, ob ein Quorum bestanden hatte, abzuklären. Wir haben zuhanden einiger Parlamentarier kritische Fragen für die Fragestunde des Bundesrats vorbereitet, die nächste Woche beantwortet werden. Auch hier gilt es, die Details inkl. das Klein gedruckte zu lesen.

In diesem Zusammenhang muss auf die grosse Verantwortung des Parlaments hingewiesen werden. Wir appellieren an alle Parlamentarierinnen und Parlamentarier, dass sie ihren verfassungsmässigen Auftrag ernst nehmen und verhindern, dass unsere Freiheit und Souveränität durch eine nicht gewählte und damit nicht legitimierte Drittorganisation in unzulässiger Weise und in krasser Verletzung unserer Bundesverfassung beschädigt wird!



WHO-Pandemieabkommen muss vor das Parlament

Mit 37'637 Unterschriften – gesammelt in nur fünf Wochen – wurde am 26. April 2024 die Pro-Schweiz-Petition „WHO-Pandemieabkommen – Nein danke“ bei den Parlamentsdiensten eingereicht. Das Begehr richtet sich an die Mitglieder von Nationalrat und Ständerat. Die Petition will sicherstellen, dass das WHO-Pandemieabkommen dem Parlament unterbreitet und nicht unterzeichnet wird. Den Initianten wurde aus dem Kreis der Bundesversammlung bereits überparteiliche Unterstützung zugesichert. Die Petition wird Ende Juni 2024 in den zuständigen Kommissionen des Parlamentes traktandiert.



In der nächsten Ausgabe:

Was bleibt von der Bürgenstock-Konferenz?
Folgen für die neutrale Schweiz.



Wählen EU-Parlament?
Folgen für die Schweiz



Die Zeit läuft ab!



Einerseits «Nostalgie», anderseits top-aktuell:

Wir verkaufen 8 übrig gebliebene Sanduhren «Es wird eng» aus dem Abstimmungskampf «Begrenzungsinitiative». Laufzeit 5 Minuten. Ein politischer Hingucker und Weckruf (30 cm hoch)! Der Verkaufserlös geht in den Abstimmungskampf «Nein zur EU-Ankettung». Inkl. Versandkosten CHF 100.

Bestellungen auf:
redaktion@proschweiz.ch
Tel: 031 356 27 27



Der Giftzwerg meint:

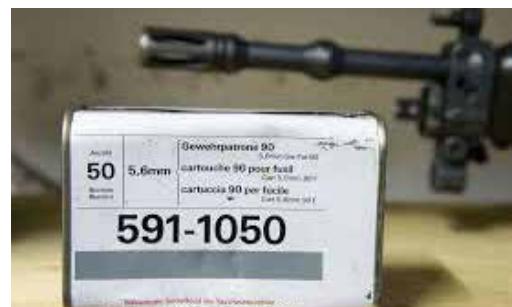
Ja, Herr alt Bundesrat ...



Bei den «Herren», welche ein Manifest für eine «Neutralität im 21. Jahrhundert» erdacht haben, befindet sich der ehemalige SVP-BDP-Bundesrat Samuel Schmid. Schmid war Chef des VBS und war verantwortlich dafür, dass die Schweizer Armeangehörigen auf Verdacht hin kriminalisiert wurden. Nach einem tragischen Tötungsdelikt an einer jungen Frau

mit einer Ordonanzwaffe, entschied der «bürgerliche Oberst» und «Verteidigungsminister», die sogenannte Taschenmunition einzuziehen. Der Opportunismus und Mainstream siegten. Heute beklagt sich der alt Bundesrat zusammen mit anderen «Herren», die Schweiz könne sich nicht mehr eigenständig verteidigen.

Die persönliche Armeewaffe und die Taschenmunition (Schutz in der 1. Stunde!) wären zusammen mit unserer Topographie ein wirksames Verteidigungsmittel der freien Schweiz. Für diese Erkenntnis braucht es keine intellektuellen Strategie- und Doktrin-Konzepte. Blick in die Ukraine ... Ja, Herr alt Bundesrat ...



Folgen Sie uns auf www.proschweiz.ch

Bitte teilen Sie uns auf info@proschweiz.ch
Ihre E-Mail-Adresse mit. Damit können wir Sie auf dem Laufenden halten. Wir halten uns strikt an die Datenschutzvorgaben und geben die Adressen nicht an Dritte weiter.

Mitmachen!

liken, teilen, gefällt mir,
abonnieren!



PRO Schweiz
Suisse
Svizzera
Svizra

Postfach, 3822 Lauterbrunnen
Tel. 031 356 27 27, info@proschweiz.ch
www.proschweiz.ch